

Von Mazowiecki zu Wałęsa

Polen nach den Präsidentschaftswahlen

Die Wahl des Arbeiterführers und Solidarność-Gründers Lech Wałęsa zum polnischen Staatspräsidenten bedeutete zugleich das Ende der ersten nachkommunistischen polnischen Regierung unter dem Znak-Journalisten Tadeusz Mazowiecki und damit auch das einstweilige Ende der politischen Laufbahn des bisherigen Premiers, nachdem dieser als Gegenkandidat Wałęsas bereits im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen hatte ausscheiden müssen. Woran ist Mazowiecki gescheitert? Kann Wałęsa die Erwartungen der Polen wenigstens mittelfristig erfüllen? Sicher ist – jedenfalls für die Übergangsphase bis zur Konstituierung eines neuen, dann voll demokratisch gewählten Sejm und der Verabschiedung einer neuen Verfassung – nur eine kräftige Gewichtsverlagerung von Regierung und Parlament zum Staatspräsidenten. Ein polnisches Präsidialregime zeichnet sich ab. Wie das Schicksal des einstigen Wałęsa-Beraters Mazowiecki wird sich aber auch das Schicksal Wałęsas selbst daran entscheiden, wieweit es ihm und seinem Präsidialkabinett gelingt, Polen wirtschaftlich auf die Beine zu helfen.

In Polen ist am 25. November 1990 eine Ära zu Ende gegangen. Ein Mythos wurde endgültig zu Grabe getragen, ein fataler Irrtum aufgedeckt. Mit dem Ausscheiden von Tadeusz Mazowiecki aus dem Präsidentschaftswahlkampf in der ersten Runde, der Niederlage gegen Lech Wałęsa und den „Mann aus dem Nichts“ Stanisław Tymiński endete die erste postkommunistische Phase in der polnischen Politik, die mit der fast einstimmigen Wahl des Wałęsa-Kandidaten Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef des inzwischen zusammengebrochenen „Sozialistischen Lagers“ am 24. August 1989 begonnen hatte. Von der Bewegung „Solidarność“, die niemals eine monolithische Einheit, sondern eine breite Koalition gegen die kommunistische Monostruktur gewesen war, auf den Schild gehoben, hatte die Koalitionsregierung unter Premier Mazowiecki in ihrer 15monatigen Amtszeit den endgültigen Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit mittels spektakulärer Gesten sowie zahlreicher Maßnahmen zur verfassungs- und gesetzmäßigen Einführung eines demokratischen Rechtsstaates und zur Überführung des staatswirtschaftlichen Molochs in eine Marktwirtschaft besiegelt.

Wirtschaftsreform mit Schattenseiten

Die Politik der Regierung Mazowiecki blieb nicht ohne Erfolg. Am meisten konnten sich Finanzminister Leszek Balcerowicz und Außenminister Krzysztof Skubiszewski profilieren. Balcerowicz hatte im Oktober 1989 sein von dem amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs inspiriertes Wirtschafts- und Finanzreformprogramm vorgestellt, das seit dem 1. Januar 1990 stufenweise eingeführt wurde. Als wichtigste Ziele galten der radikale Abbau der Staatssubventionen, der Ausgleich von Staatshaushalt und Außen-

handelsbilanz, die Abschöpfung des Geldüberhangs in den Privathaushalten durch die Einführung von Marktpreisen, die Stabilisierung des Złoty gegenüber den Hartwährungen.

Diese Vorgaben wurden mehr oder weniger binnen einiger Monate erreicht. Auf das Minuskonto kamen aber die Folgen der Deflationspolitik in Gestalt von Nachfrage- und Produktionsrückgängen, monatlich steigenden Arbeitslosenzahlen, Verteuerung von Krediten u. ä. Das Balcerowicz-Programm geriet mehr und mehr unter Beschuß: Es gebe eigentlich kein Wirtschafts- und Investitionsprogramm, die Regierung tue nichts gegen die Rezession, die Landwirtschaftspolitik werde völlig vernachlässigt. Der Abbau der riesigen Wirtschaftsbürokratie und die Entlassung der alten Direktoren und anderer ehemaliger Nomenklaturaangehöriger komme nicht voran, die Privatisierung der Industriebetriebe stehe immer noch bevor usw.

Die Stabilität des Złoty und eine positive Außenhandelsbilanz wiegen nicht viel bei Menschen, die um ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft bangen, Arbeitslosigkeit befürchten und der Einführung von Marktpreisen für Waren und Dienstleistungen wegen des ebenfalls eingeführten indirekten Lohnstopps keine entsprechenden Lohnerhöhungen entgegensetzen können.

Nicht die Außenpolitik war wahlentscheidend

Solange die Zustimmung zum Schlüsselbereich der Mazowiecki-Regierung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, einmütig war, im gesamten neuen und alten Establishment und in den Medien die Parole galt: Es gibt keine Alternativen zum Balcerowicz-Programm, wurde der beschwerliche Weg in die Marktwirtschaft von der großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert, auch wenn der Mechanismus nicht wirklich verstanden wurde. Als aber Lech Wałęsa von Danzig aus der Regierung Mazowiecki in Warschau „den Krieg erklärte“ und die Kritik an der Regierung von allen Seiten, nicht zuletzt in den Reihen der „Bürgerkomitee“-Fraktion im Sejm, zunahm, als das Volk die Kunde vernahm, es gehe auch anders, mit weniger Kosten für den Einzelnen und mit mehr sozialer Abfederung, glaubten viele das allzu gern, so wie sie zuvor geglaubt hatten, die von Balcerowicz verschriebene Roßkur sei unabwendbar und notwendig.

Die außenpolitische Neuorientierung der ersten nichtkommunistischen Regierung Polens und ihre diplomatischen Erfolge bildeten für die polnischen Durchschnittsbürger kein Gegengewicht für das vom Westen, seinen Regierungen, Wirtschafts- und Finanzzentren gutgeheißen, in Polen als hart empfundene Balcerowicz-Programm und für das „low profile“ des Kabinetts mit

Ausnahme des rührigen Arbeitsministers *Jacek Kuroń*, dessen Ministerium aber wegen leerer Staatskassen nicht viel an sozialer Absicherung offerieren konnte. Kuroń war der einzige in der Regierung, die sympathische, aber unfähige Regierungssprecherin eingeschlossen, der begriffen hatte, daß, wenn man der Bevölkerung im Augenblick wenig mehr als „Blut, Schweiß und Tränen“ zu bieten vermochte, dies zumindest verständlich machen mußte. *Massenkommunikation*, *Öffentlichkeitsarbeit* waren für die Regierung Mazowiecki bis zuletzt Fremdworte.

Daß die Außenpolitik einen nachgeordneten Stellenwert für die polnischen Wahlbürger besitzt, wenn wirtschaftliche Probleme auf den Nägeln brennen, ist eine an sich alte Erfahrung. Hier ist die polnische Regierung einer Fehlkalkulation aufgesessen, die in den vergangenen zwanzig Jahren bereits die kommunistischen Führungen Polens zu folgenschweren Entscheidungen veranlaßt hatte. Außenpolitische Erfolge sollten in engem zeitlichem Zusammenhang mit radikalen wirtschaftspolitischen Schritten oder/und im Kontext einer existenzbedrohenden Krise für die regierende Equipe von innenpolitischen Schwächen ablenken. Die Ablenkungsversuche standen fatalerweise immer im Zusammenhang mit *deutschlandpolitischen Initiativen* oder Erfolgsmeldungen. Ungeachtet des Bruchs des demokratischen Polen mit der Vergangenheit läßt sich womöglich eine Kontinuität dieser Fehlerperzeption feststellen.

Am 7. Dezember 1970 war in Warschau der Normalisierungsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen worden, wenige Tage später wurden die Lebensmittelpreise ohne Vorankündigung drastisch erhöht. Es kam zu blutig niedergeschlagenen Unruhen. *Gomułka* stürzte zwei Wochen nach der Vertragsunterzeichnung. Im Juni 1976 weilte der Parteichef *Gierek* zu einem großen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, brachte Milliardenkreditzusagen mit nach Hause. Unmittelbar nach seiner Rückkehr verkündete die Regierung der unvorbereiteten Bevölkerung von neuem eine spürbare Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel. Es kam zu Streiks, Unruhen, Verhaftungen, aber die Regierung zog die Preiserhöhungen zurück. Das Ende der Ära *Gierek* nahte. Im August 1980, mitten in der sich ausweitenden Streikbewegung, unternahm *Gierek* den vergeblichen Versuch eines Treffens mit dem deutschen Bundeskanzler. Nach der Ausweitung der Streiks auf das gesamte Küstengebiet mußte er einen avisierten Kurzbesuch in der Bundesrepublik absagen, zwei Wochen später war *Gierek* nicht mehr Parteichef.

Am 14. November 1990 wurde in Warschau der *Grenzvertrag mit dem vereinigten Deutschland* unterzeichnet, zweifellos ein außenpolitischer Erfolg für das Gespann Mazowiecki-Skubiszewski. Zehn Tage später mußte Mazowiecki eine bittere Niederlage bei den Präsidentenwahlen einstecken. Sicher wäre es abwegig, Premier Mazowiecki zu unterstellen, er habe geglaubt, durch das Frankfurter Treffen mit dem deutschen Kanzler und die Vertragsunterzeichnung das Blatt zu seinen Gunsten wen-

den zu können. Wahrscheinlich sah er seine Lage noch nicht als aussichtslos an und hoffte einfach auf ein paar Zusatzpunkte.

Für Mazowiecki wurde es schwierig

Mit der Kandidatur zweier Päsidentenskandidaten aus den Reihen der „Solidarność“ wurde nicht nur der Mythos der Einheit der „Solidarność“-Bewegung zu Grabe getragen, sondern auch die „Solidarność“ als eine antitotalitäre Bewegung, die nunmehr mit der Festigung des politischen Pluralismus und der parlamentarischen Demokratie sich selber überflüssig gemacht hatte. Dieses „natürliche“ Ende der Einheit, zugleich auch des spezifischen aus dem Kampf gegen das realsozialistische Regime entwickelte Ethos war von den Gegenspielern *Wałęsas*, die hauptsächlich in der Regierung und in der Parlamentsfraktion des Bürgerkomitees zu finden waren, spät, für einen Erfolg im Präsidentschaftswahlkampf zu spät akzeptiert worden. *Wałęsa* ging mit seinem „Krieg“ gegen Warschau in die Offensive und behielt sie politisch und psychologisch bis zu den Wahlen im November. Danzig agierte und Warschau reagierte.

Zwar genoß Regierungschef Mazowiecki in der Bevölkerung bis in den Herbst 1990 großes Ansehen, aber seine Regierung verlor von Monat zu Monat an öffentlicher und parlamentarischer Unterstützung. Der *Wałęsa*-Flügel in der „Solidarność“, der eine rasche Parteienbildung aus dem Nachlaß der „Solidarność“ befürwortete, ein mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes Präsidentenamt verlangte, hatte im Frühjahr 1990 die Mitte-Rechts-Gruppierung „Verständigung Zentrum“ ins Leben gerufen. Erst dadurch wurden die Anhänger Mazowieckis mobilisiert, die einem starken Parlament und einer starken Regierung das Wort redeten und in einer Präsidentschaft *Wałęsas* ein zu hohes Risiko für die Stabilisierung demokratischer Strukturen betrachteten. Sie fürchteten die autoritären und sprunghaften Eigenschaften in *Wałęsas* Wesen und die Hinwendung zu einem *postkommunistischen Autoritarismus* in der polnischen Politik. Zur Unterstützung von Mazowiecki wurde daraufhin die „Bürgerbewegung Demokratische Aktion“ (ROAD) ins Leben gerufen, die selbst wiederum eine Koalition unterschiedlicher politischer Strömungen darstellte. ROAD wünschte sich Mazowiecki als Präsidenten; der zögerte aber noch zu kandidieren.

Um dem amtierenden Präsidenten *Jaruzelski* einen ehrenhaften Abgang zu erleichtern, wurde auf sein entsprechendes Bittschreiben vom 19. September 1990 vom Parlament die Verkürzung der bis 1995 laufenden Amtszeit des Präsidenten beschlossen. Auf diesem Wege wurde der General davor bewahrt, von seinem Amt zurückzutreten, um einem vom Volke gewählten Nachfolger Platz zu machen. Der sollte nach Parlamentsbeschluß am 25. November und bei Verfehlen der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einem zweiten Wahlgang am 9. Dezember 1990 gewählt werden.

Nach Jaruzelski blieb noch ein Vertreter des „ancien régime“ im Amt, der Vorsitzende der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli/NIK), General *Tadeusz Hupalowski*, dem es gelungen war, sich bei den Vertretern des demokratischen Systems durch unparteiische und strenge Amtsausübung Ansehen zu verschaffen.

Ein fataler Irrtum

Nach langem Zögern erklärte sich Anfang Oktober Ministerpräsident Mazowiecki bereit, als Präsidentschaftskandidat des ROAD gegen den Danziger „Zentrums“-Kandidaten Wałęsa anzutreten. Bis Anfang November galten Wałęsa und Mazowiecki als einzige aussichtsreiche Präsidentschaftsanwärter, bis unter den vier weiteren Kandidaten der bis dahin gänzlich unbekannte Auslandspole und Unternehmer Stanisław Tymiński laut demoskopischen Umfragen in der Gunst der Wähler rasch aufholte. In den letzten zehn Tagen vor dem Wahltermin galt es als nicht ausgeschlossen, daß Tymiński den Ministerpräsidenten auf Platz drei verweisen könnte.

So geschah es denn auch: Der erste Wahlgang am 25. November bescherte dem ersten Regierungschef aus den Reihen der „Solidarność“ eine verheerende Niederlage als Bewerber um das Präsidentenamt. Er erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 60,6% nur 18,08% der abgegebenen Stimmen, Wałęsa 39,96% und Tymiński 23,1%.

Der überraschend hohe Stimmenanteil für Tymiński, der vor allem in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten, in wirtschaftlichen Krisenregionen und bei jungen Menschen mit seinen Versprechungen Anklang fand, wurde als eine Niederlage nicht nur für das neue Establishment in Warschau, sondern auch für das Danziger „Zentrum“ und Wałęsa persönlich interpretiert. Der Regierung Mazowiecki und ihren Anhängern wurde angekreidet, sie hätten mit einer gewissen intellektuellen Überheblichkeit in Verkennung der Bewußtseins- und Stimmungslage eines großen Teils der Bevölkerung versäumt, den entbehrungsreichen Weg des wirtschaftlichen Umbaus zur Marktwirtschaft überzeugend zu vermitteln. Die ursprüngliche Zustimmung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik sei fatalerweise als ein intellektuelles Verstehen der Philosophie des Balcerowicz-Programms mißdeutet worden. In fataler Verkennung des Funktionsmechanismus einer Demokratie sei vergessen worden, daß es nicht allein darum geht, ein richtiges Programm zu haben, sondern daß darüber hinaus eine Mehrheit für das Programm gewonnen werden muß. Mazowiecki und die Medien, die seine Politik unterstützten, hätten sich ein falsches Bild vom eigenen Volk gemacht.

Dieser fatale Irrtum und die allenthalben für die neuen Demokratien Europas charakteristischen *existentiellen Unsicherheiten der Übergangphase* gaben populistischen Argumenten und autoritären Losungen Nahrung. Dem kam der Volkstribun Wałęsa mit seiner bildreichen Sprache und den demagogischen Fähigkeiten entgegen. Tymiński entsprach mit seiner leisen Demagogie und seinen

Luftschlössern der Sehnsucht vieler nach einer raschen und schmerzlosen Wendung der wirtschaftlichen Gegebenheiten am meisten. Millionen von Polen waren auch den Machtkampf zwischen dem Wałęsa- und dem Mazowiecki-Lager leid. Nach ihrer Meinung machte dabei eine *neue Elite* wieder etwas unter sich aus, eine Elite, die für sich in den letzten anderthalb Jahren bereits gut genug gesorgt hatte, während das Volk wieder einmal leer ausgehe. Diese gefährliche Entfremdung, die an das „Wir“ und „Sie“ aus kommunistischen Zeiten erinnert, wird angesichts des Wählerpotentials des Kandidaten Tymiński die polnische Politik noch beschäftigen.

Als Konsequenz aus dem schlechten Abschneiden bei den Präsidentschaftswahlen erklärte Ministerpräsident Mazowiecki am 26. November seinen Rücktritt. Auf Bitten von Präsident Jaruzelski führte er mit seiner Regierung die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines Nachfolgers weiter. Er kündigte die Gründung einer eigenen Partei unter dem Namen „Demokratische Union“ an. Im zweiten Wahlgang am 9. Dezember siegte Lech Wałęsa erwartungsgemäß mit großem Abstand vor seinem Konkurrenten Tymiński. Bei einer Wahlbeteiligung von 53,4% erhielt er 74,25% der Stimmen, sein Rivale immerhin noch 25,75%.

Wałęsa war der Favorit der Kirche

Zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen griff die katholische Kirche das erste Mal mit einer Stellungnahme ein und machte angesichts eines nicht völlig ausgeschlossenen Wahlsiegs des Exoten Tymiński eine Wahlaussage zugunsten Wałęsas. Während der mehrmonatigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden „Solidarność“-Lagern hatte die Kirche qua Institution *strikte Nichteinmischung* praktiziert. Der Klerus hatte jedoch mehrheitlich eindeutig zugunsten des Danziger Volkstribuns Stellung bezogen und innerhalb und außerhalb der Kirchen für ihn geworben: Er ist der „echte“, gut katholische Pole, Mazowiecki ist zwar auch gläubiger Katholik, seit Jahrzehnten in der katholischen Laienbewegung engagiert; aber umgab er sich nicht mit Liberalen, Nichtgläubigen und Politikern, die eine „linke“ Biographie hatten? Zudem wurde der latente *Antisemitismus* in Polen, über dessen Ausmaß nur schwer verlässliche Aussagen zu machen sind, gegen Mazowiecki und sein Wahlbündnis instrumentalisiert. Der Davidstern oder das Wort „Zyd“ (Jude) fand sich auf vielen Mazowiecki-Plakaten wieder. Erst jetzt, da auch die internationalen Wahlkampfbeobachter häufiger über antisemitische Zungenschläge in der Polemik gegen Mazowiecki und ROAD berichten mußten, fühlte sich die katholische Kirche genötigt, eine Erklärung gegen den Antisemitismus anzukündigen, der in Polen auch stark religiös fundiert ist (vgl. ds. Heft, S. 97).

Zwar hatte sich die Regierung Mazowiecki dem Druck der katholischen Kirche gebeugt und den *Religionsunterricht* auf eine Demokraten wenig überzeugende Art und Weise am Parlament vorbei und ohne Konsultation mit

den nichtkatholischen Christen per Dekret wieder in den Schulen eingeführt (vgl. HK, November 1990, 515 ff.). Aber Wałęsa gilt vielen Amtsträgern als der kirchlichere Katholik, die Muttergottes von Tschenstochau immer am Revers. Jetzt läßt er als eine seiner ersten Amtshandlungen eine Kapelle im Präsidentenpalais Belweder einbauen. Engagierte Anhänger einer offenen, toleranten Gesellschaft und des Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche innerhalb und außerhalb der katholischen Laienbewegung fürchten heute einen *neuen Klerikalismus* in Polen und eine Quasi-Omnipräsenz der katholischen Kirche, die – sich auf ihre kulturelle, historische und politische Rolle berufend – den Staat gleichsam zum Erfüllungsgehilfen bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu machen sucht.

Konsequenzen einer unlogischen Reihenfolge

Bei seiner Vereidigung zum ersten freigewählten Präsidenten der Republik Polen am 22. Dezember 1990 rief Lech Wałęsa, der zuvor von seinem Amt als Vorsitzender der Gewerkschaft „Solidarność“ zurückgetreten war, die III. Republik aus. Im Warschauer Königsschloß nahm er aus den Händen des bisherigen Präsidenten der Londoner Exilregierung, *Ryszard Kaczorowski*, die Insignien des Präsidenten der II. Republik (1918–39) entgegen. Wałęsa übernahm vor dem Königsschloß den Oberbefehl über die Polnischen Streitkräfte. Wenige Tage zuvor hatte der scheidende Präsident Jaruzelski sich von der Armee in einer militärischen Zeremonie verabschiedet.

Mit der *Regierungsbildung* geriet der neue Präsident bereits in den ersten Amtstagen in Schwierigkeiten, da der von ihm beauftragte „Solidarność“-Anwalt *Jan Olszewski* ein anderes Konzept für die Regierungsbildung verfolgte, als es dem Präsidenten genehm war. Olszewski gab den Auftrag zurück, da Wałęsa den bisherigen Finanzminister und Vizepremier Balcerowicz in seinen Ämtern belassen wollte. Wałęsa hatte zwar im Wahlkampf gegen Mazowiecki die Wirtschafts- und Finanzpolitik scharf angegriffen. Bei der Regierungsbildung stellte sich jedoch rasch heraus, daß es ihm generell weniger um radikale Änderungen in einzelnen Politikfeldern ging als um die vielberufene „Beschleunigung“ auf dem von Premier Mazowiecki seit Herbst 1989 vorgezeichneten Weg. Was allerdings bereits zwischen Wahl und Vereidigung Wałęsas sichtbar wurde, war ein neuer politischer Stil, vielmehr noch die praktische *Verlagerung des Machtzentrums* vom Regierungssitz ins Belweder, den Sitz des Präsidenten. Der Geist der noch zu verabschiedenden Verfassung sollte durch die Wahl zwischen Wałęsa und Mazowiecki vorbestimmt werden; das war von beiden „Lagern“ vor den Präsidentenwahlen oft genug vorhergesagt worden. Mit der Wahl Wałęsas scheint der *Weg in die Präsidialdemokratie* vorherbestimmt – vorausgesetzt, das Parlament spielt mit.

Der gesamte Demokratisierungsprozeß in Polen war seit

1989 mit einigen Schönheitsfehlern versehen. Ein solcher war die Nichteinhaltung einer an sich logischen Reihenfolge gewesen. Die Sejmwahlen von Juni 1989 waren noch nicht völlig frei gewesen; eine neue Verfassung ist noch nicht verabschiedet, die Entscheidung zwischen dem Modell einer parlamentarischen Republik mit starkem Regierungschef und dem einer Präsidialrepublik noch nicht gefällt. Es hätte nahegelegen, nach dem Machtwechsel im Herbst 1989 zügig *Newwahlen* anzustreben, ein frei gewähltes Parlament eine freiheitliche Verfassung verabschieden zu lassen, die die Kompetenzen der Exekutivorgane, vor allem das Verhältnis zwischen Präsident, Regierung und der Legislative festlegt. Statt dessen meldete Lech Wałęsa seit Winter 1990 seinen Anspruch auf das Präsidentenamt an; die Amtszeit Jaruzelskis wurde verkürzt; die polnische Innenpolitik war voll beschäftigt mit dem Machtkampf zwischen Wałęsas Danziger „Zentrum“ und Mazowieckies ROAD; die Verfassungsdiskussion kam nicht aus den befaßten Parlamentskommissionen heraus, die auf die sich abzeichnenden politischen Machtverhältnissen schielen mußten; der Präsident wurde direkt vom Volk gewählt, erhielt damit eine höhere demokratische Legitimation als der Sejm, der nach einem politischen Proporz gewählt worden war, ausgeklügelt am „Runden Tisch“ mit den Vertretern des „ancien régime“. Der neue Premier würde von einem halb-demokratischen Parlament gewählt werden, das sich im Laufe dieses Jahres nach der Verabschiedung einer neuen Wahlordnung selbst auflösen wird, um den Weg zu einem freigewählten Sejm zu ebnen.

Da die Amtszeit der neuen Regierung danach nur kurz sein wird, erwies sich die Bestellung eines neuen Premiers nach dem Verzicht Olszewskis als unerwartet schwierig. Der geschäftsführende Premier Mazowiecki – von Wałęsa darum gebeten – weigerte sich, die Geschäfte bis zu den Wahlen fortzuführen.

Das erste Resultat des sowohl Kontinuität als auch Wandel ankündigenden Machtwechsels im Präsidentenamt war die erfolgreiche Beauftragung des jungen Danziger Unternehmers und „Solidarność“-Parlamentariers *Jan Krzysztof Bielecki* mit der Regierungsbildung und die vom Präsidenten entschiedene Zusammensetzung des Kabinetts, vor allem in den Schlüsselressorts Finanzen, Äußeres und Verteidigung. Die Verlagerung der Gewichte vom Premier zum Präsidenten war unübersehbar.

Der zweite aus der ehemaligen „Solidarność“-Bewegung kommende Regierungschef Polens, der zugleich Gründungsmitglied der 1990 gegründeten liberalen Partei unter dem Namen „Liberal-Demokratischer Kongreß“ (Kongres Liberalno-Demokratyczny/KL-D) ist, wurde am 4. Januar 1991 mit großer Mehrheit (276:58:52) zum Ministerpräsidenten gewählt. Am 5. Januar stellte er seine Regierung vor. Die Ressorts Finanzen (Balcerowicz), Äußeres (Skubiszewski), Verteidigung (Kołodziejczyk) u. a. blieben bei den bisherigen Amtsinhabern. In seiner Antrittsrede kündigte Bielecki eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Umbaus, eine Stärkung des Kapitalmarktes

und eine aktive Landwirtschaftspolitik an und in der Außenpolitik eine gute Nachbarschaft mit allen Nachbarn Polens, insbesondere eine konsequente Ausfüllung der Idee einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“.

Was kommt nach den Sejmwahlen?

Es ist noch völlig offen, ob die Regierung Bielecki ein eigenes Profil entwickeln wird oder ob die Abhängigkeit von Direktiven aus dem Belweder-Palast die neuen Machtverhältnisse in Polen prägen wird. Die Schwäche der Regierung Bielecki ist, daß sie sich als Regierung von Fachleuten nicht auf eine feste parlamentarische Mehrheit stützen kann, sondern diese jeweils suchen muß. Aber auch der Präsident kann nicht über eine ihm blind loyale Anhängerschaft im Sejm verfügen. In dem alten Wahlbündnis bröckelt schon der Zusammenhalt, nachdem die Kabinettsliste und das Regierungsprogramm bekannt wurden.

Enttäuschung macht sich sowohl in Wałęsas Wahlverein „Zentrum“ als auch in den vielen Bürgerkomitees breit,

die den neuen Präsidenten im Wahlkampf gegen Mazowiecki unterstützt hatten. Während Wałęsa mit seinen ersten Entscheidungen deutlich machte, daß alte Loyalitäten nicht viel gelten und es keine automatischen Antwortschaften auf Posten und Einflüsse gibt, warnten die Bürgerkomitees unmißverständlich davor, die Erwartungen der Wähler zu enttäuschen, die auf einen radikalen Wechsel nach der Wahl Wałęsas gesetzt hatten und nun feststellen mußten, daß der „böse Bube“ der Regierung Mazowiecki, Finanzminister Balcerowicz, im Kabinett Bielecki möglicherweise noch einflußreicher sein wird, als er es in der alten Regierung gewesen war. Und ob dem Präsidenten in der noch zu verabschiedenden neuen Verfassung soviel Macht eingeräumt wird, wie Wałęsa es sich wünscht, hängt sicher nicht zuletzt von den Erfahrungen ab, die die jetzige Regierung und das jetzige Parlament mit ihm machen. Auf jeden Fall wird es davon abhängen, ob bei den Sejmwahlen in diesem Frühjahr eine Partei oder Parteikoalition eine ausreichende Mehrheit zusammenbekommt, die für Polen ein Präsidialregime wünscht.

Dieter Bingen

„Wir brauchen einen langen Atem“

Ein Gespräch mit Heinz Joachim Held zur ökumenischen Situation

Am 7. Februar beginnt in der australischen Hauptstadt Canberra die siebte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Aus diesem Anlaß sprachen wir mit Heinz-Joachim Held, seit 1975 Präsident des Kirchlichen Außenamtes der EKD und seit 1983 Vorsitzender des ÖRK-Zentralausschusses, über Probleme und Perspektiven der gegenwärtigen Lage der Ökumene: Was bedeuten die Veränderungen in Europa für die ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen? Wie kann zukünftig die Rolle der katholischen Kirche innerhalb der ökumenischen Bewegung aussehen? Wo liegen die Aufgaben und Möglichkeiten des Ökumenischen Rates der Kirchen? Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Held, für viele Mitgliedskirchen des ÖRK, die jetzt ihre Delegierten zur Vollversammlung nach Canberra schicken, hat sich in den letzten beiden Jahren das politisch-gesellschaftliche Umfeld für ihr Wirken radikal verändert. Müßten nicht jetzt von der wiedergewonnenen Kirchenfreiheit positive Impulse gerade auch für die ökumenische Bewegung ausgehen, die neuen Schwung durchaus nötig hätte?

Held: Es stimmt, daß sich vor allem in der Nordhälfte der Welt in den letzten Jahren viel verändert hat. Wir können dafür nur dankbar sein. Die Ost-West-Konfrontation, die inzwischen weithin abgebaut wurde, wirkte sich ja auch in der ökumenischen Bewegung, nicht zuletzt im Ökumenischen Rat, als Hemmschuh aus; das war bei den politischen Diskussionen auf der letzten Vollversammlung in

Vancouver 1983 noch sehr deutlich zu spüren. Jetzt können wir mit neuer Kraft und Freiheit mit den Mitgliedskirchen aus den osteuropäischen Ländern über die gemeinsame christliche Berufung zur Einheit und zur Gerechtigkeit nachdenken. Aber man muß doch gleichzeitig sehen, daß sich die Spannungen im Nord-Süd-Verhältnis, welche auch besonders die Ökumene bewegen, nicht vermindert haben. Nehmen Sie nur die Schuldenkrise, die nach wie vor ein bedrängendes und bedrückendes Problem für viele Völker und damit auch für viele Kirchen darstellt. In vielen Ländern gerade Lateinamerikas, die formal ein demokratisches System haben, läßt die wirtschaftliche Situation keine Entwicklung zu einer wirklichen Demokratie oder zu einem auch nur bescheidenen Wohlstand für alle zu.

HK: Versteht sich der ÖRK dann also auch weiterhin als Anwalt der armen Länder bzw. Kirchen im Nord-Süd-Konflikt, und erhält das Bemühen um sozialethische und politische Probleme einen gewissen Vorrang?

Held: Die gegenseitige Hilfe der christlichen Kirchen angesichts der bedrängenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten bleibt auf unserer Tagesordnung. Diese Solidarität gegen Armut und Unterdrückung in vielen Ländern ist Ausdruck ökumenischer Gemeinschaft und konkreter Ausweis des Zusammengehörigkeitsgefühls der Kirchen. Hier muß sich Ökumene auch weiterhin bewähren, und ich sehe durchaus Chancen, daß wir